

Beschluss (vorläufig) Wehrpflicht nein danke! Freiwilligendienste strukturell stärken

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 10.12.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

1 Spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zeigt
2 sich, dass Frieden und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeiten mehr
3 sind. Auch Deutschland steht zunehmend im Fokus hybrider Bedrohungen: von
4 Cyberangriffen über Desinformation bis hin zu Versuchen gezielter
5 gesellschaftlicher Destabilisierung. Wir nehmen diese veränderte
6 sicherheitspolitische Lage ernst, ebenso wie die damit verbundenen Sorgen und
7 Ängste der Bevölkerung.

8 Diese Realität markiert eine echte sicherheitspolitische Zeitenwende, eine
9 Zäsur, die von uns verlangt, Wehrhaftigkeit und Resilienz neu zu denken. Doch
10 eine Zeitenwende bedeutet nicht automatisch die Rückkehr zu alten und überholten
11 Konzepten, wie die Bundesregierung sie plant.

12 Am 13. November 2025 einigte sich die Bundesregierung aus Union und SPD auf das
13 sogenannte Wehrdienstmodernisierungsgesetz (WDModG). Angelehnt an das
14 Schwedische Modell soll zunächst auf die Förderung von Freiwilligkeit gesetzt
15 werden. Verpflichtend ist zunächst nur das Ausfüllen eines Fragebogens und die
16 Musterung aller jungen Männer, die 2008 oder später geboren wurden. In Berlin
17 würde das im kommenden Jahr 16.000 Jugendliche betreffen. Melden sich dennoch
18 nicht genug Personen freiwillig, sieht der Gesetzentwurf eine Bedarfswehrpflicht
19 vor, die vom Bundestag beschlossen werden kann. Das Verfahren dafür steht noch
20 nicht vollständig fest, aber auch Zufallsverfahren wie das Losverfahren werden
21 weiterhin debattiert.

22 Als Bündnis 90/Die Grünen Berlin lehnen wir eine Wiedereinführung der
23 verpflichtenden Musterung, der Wehrpflicht oder die Einführung anderweitiger
24 Pflichtdienste entschieden ab. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es von
25 konservativen Kreisen gefordert wird, ist ein gesellschaftspolitischer
26 Rückschritt und steht in klarem Widerspruch zu unseren Grundwerten von
27 Selbstbestimmung und Freiheit. Stattdessen setzen wir darauf, bestehende
28 Angebote des freiwilligen, gesellschaftlichen Engagements zu stärken, bestehende
29 Hürden abzubauen und Strukturen, die echte Beteiligung und Zusammenhalt
30 ermöglichen, zu stärken. Dienste inner- und außerhalb der Bundeswehr müssen so
31 gestaltet werden, dass sie die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und den
32 gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

33 Die Bundesregierung steht auch in der Verantwortung, die Bevölkerung vor einem
34 militärischen Angriff zu schützen und eine bestmögliche Vorbereitung auf einen
35 möglichen Angriff zu gewährleisten. Dabei geht es neben der personellen
36 Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch um den Zivilschutz. Dabei setzen wir
37 klar und konsequent auf Freiwilligkeit. Das im Grundgesetz garantierte Recht auf
38 Verweigerung des Wehrdienstes mit der Waffe ist für uns unantastbar.

39 Die eingeschränkten Kapazitäten für die Ausbildung sollten für geeignete
40 Freiwillige jeden Alters und Geschlechts optimal genutzt und ausgebaut werden.

41 Wir wollen den Wehrdienst und Zivilschutz für eine breite Zielgruppe attraktiver
42 machen und auch die Rahmenbedingungen von Freiwilligendiensten stärken - diese
43 Aufgabe muss jetzt ernsthaft und mit Nachdruck angegangen werden. Auch bei
44 Freiwilligendiensten muss sichergestellt werden, dass sie tatsächlich allen
45 Menschen zugänglich sind. Um Zivilschutz und militärische Reserve strukturiert
46 aufzubauen fordern wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für
47 gesamtstaatliches Krisenmanagement, die die zivil und militärisch nutzbaren
48 Kompetenzen von Freiwilligen abfragt und passende Aus- und
49 Fortbildungsmöglichkeiten vermittelt. Dabei reicht es nicht, Antworten nur auf
50 der nationalen Ebene zu geben. Wir bekennen wir uns zu einer handlungsfähigen,
51 demokratisch kontrollierten Bundeswehr und zur Verteidigungsfähigkeit
52 Deutschlands im europäischen und internationalen Verbund. Europäische und
53 internationale Krisen brauchen europäische und internationale Antworten. Deshalb
54 wollen wir die europäische Zusammenarbeit in diesen Bereichen weiter stärken,
55 insbesondere bei Zivilschutz und Freiwilligendiensten.

56 Schluss mit Politik über die Köpfe junger Menschen hinweg

57 In der öffentlichen Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht geht die
58 Perspektive junger Menschen oftmals unter. Gleichzeitig zeigen Umfragen seit
59 Jahren ein eindeutiges Bild: Diejenigen, die am Ende einen Pflichtdienst
60 ableisten müssten, lehnen ihn klar ab. Mehr als 60 % der unter 30-Jährigen
61 sprechen sich regelmäßig gegen eine Wehrpflicht aus und laut einer von
62 Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie würde eine Mehrheit der 16- bis 25-
63 Jährigen den Dienst an der Waffe sogar verweigern. Diese Zahlen verdeutlichen:
64 Junge Menschen wollen selbst bestimmen, wie und wo sie Verantwortung übernehmen.
65 Tausende Schüler*innen deutschlandweit organisieren Proteste und Schulstreiks
66 gegen ein Wehrpflicht. Wir stehen an ihrer Seite und solidarisieren uns mit
67 allen Schüler*innen die ihr Stimme nutzen um sich Gehör bei Politik und
68 Gesellschaft zu verschaffen: für politische Entscheidungen mit und für jungen
69 Menschen, für eine Perspektive und sichere Zukunft und gegen Maßnahmen, die
70 Unsicherheit verursachen und gleichzeitig keine echten Lösungen sind.

71 Dabei ist es gerade diese junge Generation, die in den vergangenen Jahren
72 bereits enorme Lasten getragen hat. Während der Corona-Pandemie hat sie sich
73 zurückgenommen, zentrale Erfahrungen ihrer Jugend verpasst und ältere sowie
74 vulnerable Gruppen geschützt. Die negativen Auswirkungen dieser Zeit in den
75 Bereichen Bildung und mentaler Gesundheit wurden politisch nie aufgefangen.
76 Heute ringt sie mit hohen Mieten, gestiegenen Preisen und Unsicherheit in
77 Ausbildung, Studium und Beruf und wird die dramatischsten Folgen der Klimakrise
78 erleben. Hinzu kommt der jahrzehntelange Investitionsstau in Bildung,
79 Infrastruktur und Daseinsvorsorge, dessen Konsequenzen junge Menschen bereits
80 heute ausbaden müssen und die das Vertrauen in Politik und staatliche
81 Institutionen seit Jahren schwächen.

82 Vor diesem Hintergrund einen militärischen oder gesellschaftlichen Pflichtdienst
83 einzufordern bedeutet, eine Generation in die Verantwortung für die
84 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu ziehen, der die Politik selbst über Jahre
85 hinweg elementare gesellschaftliche Verantwortung schuldig geblieben ist. Von
86 jungen Menschen zu verlangen, die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte
87 auszubügeln und die gesellschaftliche Verantwortung der Verteidigungsfähigkeit
88 zu schultern, während ihre eigenen Bedürfnisse, Chancen und Lebensrealitäten

89 politisch zu lange vernachlässigt wurden, geht gegen den Grundwert der
90 Generationengerechtigkeit, für den wir als Partei wie keine andere stehen.

91 Für uns steht fest: Junge Menschen sind nicht bloß eine Ressource, auf die der
92 Staat im Krisenfall zurückgreifen kann, sondern aktive Mitgestalter*innen
93 unserer demokratischen Gesellschaft. Sie brauchen Räume, in denen sie
94 selbstbestimmt handeln können und eine Politik, die ihnen zutraut, Verantwortung
95 freiwillig zu übernehmen. Was sie nicht brauchen, sind staatliche
96 Pflichtdienste, die ihre Freiheit einschränken und ihre Perspektiven ignorieren.

97 Für den Verteidigungsfall explizit junge Menschen verpflichten zu wollen ist
98 grundsätzlich falsch. Der Fokus sollte hier nicht auf den Jüngsten liegen,
99 während diese Generation gleichzeitig von den nicht-zukunftsgewandten
100 Entscheidungen der aktuellen Regierungen nicht berücksichtigt oder mitgenommen
101 wird.

102 Strukturelle Probleme in der Bundeswehr anerkennen und beheben

103 Strukturell verfügt die Bundeswehr derzeit weder über die notwendige
104 Infrastruktur noch über ausreichende personelle Kapazitäten, um eine
105 Wiedereinführung der Wehrpflicht überhaupt sinnvoll umsetzen zu können. Es
106 mangelt an Ausbilder*innen, an Material, an Unterkünften, an modernen
107 Übungsplätzen und an flexiblen Organisationsstrukturen. Hinzu kommen massive
108 Probleme im Beschaffungswesen.

109 Gleichzeitig bestehen tiefgehende institutionelle Problemen: Immer wieder rücken
110 rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr, insbesondere im KSK, in den Fokus.
111 Berichte über Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit zeigen, dass die
112 Bundeswehr strukturell noch weit von einem inklusiven, diskriminierungsfreien
113 Umfeld entfernt ist. Gleichzeitig bestehen tiefgehende institutionelle
114 Probleme: Immer wieder rücken rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr,
115 insbesondere im KSK, in den Fokus. Berichte über Rassismus, Sexismus und
116 Queerfeindlichkeit zeigen, dass die Bundeswehr strukturell noch weit von einem
117 inklusiven, diskriminierungsfreien Umfeld entfernt ist. Zugleich gilt es, das
118 Engagement jener Menschen anzuerkennen, die in der Bundeswehr, dem
119 Katastrophenschutz und im Technischen Hilfswerk, und die täglich unter oft
120 schwierigen Bedingungen professionellen Dienst leisten und Verantwortung für die
121 Sicherheit Deutschlands und Europas übernehmen. Eine zukunftsfähige Bundeswehr
122 muss sich durch hohe Professionalität, Verfassungstreue und Sensibilität für
123 Vielfalt und Demokratie auszeichnen. Daher braucht es gezielte Reformen in
124 Ausbildung, Supervision und interner Kontrolle, um Fehlentwicklungen strukturell
125 zu verhindern und Vertrauen zu stärken. Anstatt junge Menschen per Pflichtdienst
126 in solche Strukturen zu zwingen, braucht es konsequente Aufarbeitung und starke
127 interne und externe Kontrollmechanismen, sowie eine Kultur, die Fehlverhalten
128 klar sanktioniert und Betroffene schützt. Dazu gehört auch eine umfassende und
129 verpflichtende Weiterbildung aller Angehörigen der Bundeswehr zu
130 Diskriminierung, Vielfaltkompetenz und demokratischer Kultur. Wer in
131 staatlicher Verantwortung steht und mit Waffen ausgebildet wird, muss besonders
132 sensibel für Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede
133 andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sein und entsprechend
134 handeln.

135 Dass die Bundeswehr für viele junge Menschen kein attraktives Arbeitsumfeld
136 darstellt, zeigt sich auch in den hohen Abbruchquoten von rund 25 % in den

137 ersten Dienstmonaten. Diese Quote ist ein Symptom systemischer Probleme, nicht
138 fehlender „Verantwortungsbereitschaft“ einer Generation.

139 Junge Menschen sind keine Lückenfüller: soziale Infrastruktur stärken

140 Der Fachkräftemangel im sozialen Sektor ist seit Jahren ein zunehmendes Problem
141 und wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Besonders in der
142 Pflege, in Kitas, in der Jugendhilfe und in Einrichtungen für Menschen mit
143 Behinderungen fehlen qualifizierte Fachkräfte. Diese Versorgungslücken entstehen
144 jedoch nicht, weil es zu wenige junge Menschen gibt, die grundsätzlich bereit
145 wären, im sozialen Bereich zu arbeiten, sondern weil der Staat seit Jahren darin
146 versagt, verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen für Beschäftigte im
147 sozialen Bereich zu schaffen.

148 Ein Pflichtdienst adressiert weder die Ursachen des Fachkräftemangels noch die
149 strukturellen Schwächen des sozialen Sektors. Der damit verbundene Mehraufwand
150 für Supervision, Wissensvermittlung und organisatorische Betreuung würde
151 bestehende Engpässe eher verschärfen, als sie zu beheben. Statt tiefgreifenden
152 Lösungsansätzen durch zum Beispiel Investitionen in Bildung und Ausbildung
153 werden hier Scheinlösungen mit jungen Menschen als Leidtragenden vorgeschlagen.
154 Auch große Wohlfahrtsverbände und Träger von Freiwilligendiensten wie der
155 Paritätische Gesamtverband oder die Diakonie haben sich zuletzt entschlossen
156 gegen eine Dienstplicht geäußert und weisen auf die mit einer Dienstplicht
157 einhergehenden Grundrechtsverletzungen sowie den immensen organisatorischen
158 Aufwand und die Kosten hin. Außerdem kritisieren sie, dass soziale Berufe durch
159 so einen Eingriff abgewertet werden.

160 Freiwilligendienste strukturell stärken

161 Bereits heute engagieren sich bis zu 100.000 Menschen jedes Jahr im Rahmen von
162 Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem
163 Bundesfreiwilligendienst (BFD) oder dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ).
164 Zumeist sind es junge Menschen, die sich nach ihrer Schulzeit für ein Jahr des
165 gesellschaftlichen Engagements entscheiden und Tag für Tag Verantwortung
166 übernehmen. Sie unterstützen Pflegekräfte in Altenheimen, begleiten Kinder und
167 Jugendliche in Schulen und Kitas, helfen Menschen mit Behinderung im Alltag oder
168 setzen sich für den Klima- und Naturschutz ein.

169 Mit ihrem Einsatz stärken sie nicht nur soziale Einrichtungen und gemeinnützige
170 Organisationen, sondern sammeln auch selbst wertvolle und nachhaltig-prägende
171 Erfahrungen. Viele entdecken durch ihren Freiwilligendienst neue berufliche
172 Perspektiven, lernen ihre eigenen Fähigkeiten besser kennen und entwickeln ein
173 starkes Bewusstsein für gesellschaftliche Zusammenhänge. Nicht selten entstehen
174 aus diesem Engagement langfristige berufliche oder ehrenamtliche Bindungen, die
175 weit über das eigentliche Dienstjahr hinausreichen.

176 Freiwilligendienste zeigen: junge Menschen sind bereit, sich einzubringen,
177 gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Politik
178 muss diese Bereitschaft stärken, statt auf Zwang und Bevormundung zu setzen.
179 Statt Debatten über ein Pflichtjahr braucht es verlässliche finanzielle und
180 strukturelle Rahmenbedingungen, bessere Anerkennung von Leistungen und niedrige
181 Zugangshürden für alle Menschen, die sich bereits heute freiwillig engagieren
182 wollen.

183 Freiwilligendienste stehen seit Jahren unter Druck. Einsatzstellen kämpfen um
184 eine ausreichende Finanzierung. Im Bundeshaushalt 2025 sind Kürzungen bei
185 Freiwilligendiensten von rund 40 Millionen € vorgesehen, was etwa 20% weniger im
186 Vergleich zum Vorjahr sind. Und für die Freiwilligen reicht das Taschengeld bei
187 langem nicht aus um sich das Leben zu finanzieren - schon gar nicht in einer
188 Stadt wie Berlin!

189 Und trotzdem werden nach aktuellen Haushaltsplänen des Bundes etwa ein Drittel
190 der aktuellen Mittel für Freiwilligendienste gestrichen. Junge Menschen leiden
191 schon jetzt unter kaputtgesparten Strukturen im Bereich des Freiwilligendienstes
192 und auch in der Bundeswehr.

193 Darüber hinaus braucht es eine langfristige Absicherung der Trägerstrukturen,
194 die Freiwilligendienste organisieren und begleiten. Eine verlässliche
195 Finanzierung, hochwertige pädagogische Begleitung und klare Qualitätsstandards.

196 Deshalb fordern wir als Bündnis 90/Die Grünen Berlin:

197 • Einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst

198 ◦ Jede Person, die sich gesellschaftlich engagieren möchte, soll ein
199 gesetzlich verankertes Recht auf einen Freiwilligendienst haben und
200 dies unabhängig vom Alter, Gender oder finanziellen Hintergrund.

201 • Finanzielle Absicherung von Freiwilligendiensten

202 ◦ Wir fordern eine Anhebung des Taschengeldes für Freiwillige, die
203 sich am BAföG-Höchstsatz orientiert und aus dem Bundeshaushalt
204 finanziert wird. So kann Chancengleichheit erhöht werden und
205 sozialer Ungleichheit entgegengewirkt werden.

206 • Kostenloser Zugang zum ÖPNV für alle Freiwilligen

207 ◦ Wir fordern eine kostenfreie Bereitstellung des Deutschlandtickets
208 für Freiwillige, um die finanzielle Belastung zu reduzieren. Des
209 Weiteren müssen Freiwillige Anspruch auf die gleichen
210 Vergünstigungen wie Senior*innen oder Studierende erhalten.

211 • Sichtbarkeit von Freiwilligendiensten erhöhen

212 ◦ Wir fordern eine bundesweite Informationskampagne, mit einem
213 Motivationsschreiben des/der Bundespräsidenten*in an alle
214 Schulabgänger*innen. Damit soll Menschen geholfen werden, einen
215 Überblick über die Vielfalt und die Möglichkeiten bestehender
216 Programme zu erhalten.

217 • Einrichtung eines freiwilligen Engagementregisters beim THW

218 ◦ Die Berliner Bündnisgrünen setzen sich für die Einrichtung eines
219 freiwilligen Engagementregisters ein, in das sich all jene –
220 unabhängig von ihrem Geschlecht und Alter – eintragen können, die
221 bereit sind, sich im Verteidigungs- und Krisenfall zu engagieren

222 Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Gesamtlage, der strukturellen
223 Defizite in der Bundeswehr und der bestehenden Engpässe im sozialen Bereich ist
224 klar: Pflichtdienste oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind weder

225 gerecht noch wirksam. Junge Menschen sollen nicht Zwangsdienste leisten, um
226 politische Versäumnisse auszugleichen, sondern Räume erhalten, in denen sie
227 freiwillig Verantwortung übernehmen können. Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen
228 deshalb für eine konsequente Stärkung freiwilliger Dienste, die Engagement,
229 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und wertschätzen.